

Bernhard Pfitzner

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

Inhalt

Vorbemerkung.....	2
Dokumente.....	3
Satzung des IGB.....	3
Auszug aus der „Grundsatzerklärung“	3
Programm des IGB.....	4
Inhalt:	4
Auszug	4
2. Weltkongress (21.-25.6.10 / Vancouver)	6
Beschluss „Demokratie, Frieden, Sicherheit und die Rolle der Vereinten Nationen“	7
„Hauptplenarentschlüsse“ (2. - 4. Weltkongress)	13
5. Weltkongress (17.-22.11.22 / Melbourne).....	14
Kongresserklärung „Ein Neuer Sozialvertrag“	14
Dringlichkeitsentschließung „Russlands Invasion in die Ukraine - Frieden, Demokratie und Rechte“	18
Weitere Dringlichkeitsentschließungen	21
Anhang	22
A. Materialien zur Internationalen Gewerkschaftsbewegung.....	22
Informationsquellen	22
Globale Gewerkschaftsbewegung	22
Europäische Gewerkschaftsbewegung	23
Außereuropäische Gewerkschaftsbewegung.....	24
B. Materialien zu UNO- und ILO-Dokumenten zum Thema „Arbeit, Wirtschaft, Menschenrechten“	25

Vorbemerkung

Mit der hier vorgelegten Zusammenstellung von Dokumenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes will ich deutlich machen, dass in der Internationalen Gewerkschaftsbewegung sehr ausgearbeitete Positionen zu Krieg, Frieden und damit zusammenhängenden Themen bestehen.

Der IGB ist nicht die einzige Struktur der Internationalen Gewerkschaftsbewegung und repräsentiert sie auch nicht vollständig. In ihm sind aber gewerkschaftliche Dachverbände aus 170 Ländern und Hoheitsgebieten vertreten.¹ Und über den „Global-Unions-Rat“ unterhält er enge Beziehungen zu den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUF) und zum Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC).²

Sowohl in der der Satzung des IGB vorangestellten [Grundsatzklärung](#) als auch im [Programm](#), das auf dem Gründungskongress (1.-3.11.06 / Wien) verabschiedet wurde, nimmt das Thema Frieden einen wichtigen Platz ein.

Um diese Zusammenstellung überschaubar zu halten, habe ich mich – neben Auszügen aus der Satzung und dem Programm sowie Hinweisen auf weitere Dokumente des 2. – 4. Weltkongresses auf

- den [Beschluss „Demokratie, Frieden, Sicherheit und die Rolle der Vereinten Nationen“](#) des 2. Weltkongresses
und
- [Dokumente des 5. Weltkongresses](#) (tw. in Auszügen)

beschränkt.

Ich nutze diese Materialzusammenstellung zugleich, um im Anhang auf Arbeiten hinzuweisen, die sich mit grundlegenden [Informationen zur internationalen Gewerkschaftsbewegung](#) bzw. mit [Dokumenten der UNO und der ILO zu „Arbeit, Wirtschaft, Menschenrechte“](#) befassen.

Für Hinweise und Anregungen bin ich dankbar (bitte an: bernhard.pfitzner@web.de).

Hannover, 4.7.25
Bernhard Pfitzner

¹ s. https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/list_of_affiliates_december_2024_v4.pdf

² Für weitere Informationen verweise ich auf

- die web-Seiten des IGB (<https://www.ituc-csi.org/>),
- aber auch auf die im Anhang aufgeführten Materialien des Projekts „Gewerkschaften International“, insbes. auf die „Basisinformationen zum Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) (Programmatische Positionen, Organisations-Strukturen)“ (<https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2023/01/pfitznermaterial-IGB2023.pdf>, dort auch weitere Literaturhinweise).

Dokumente

Satzung des IGB

Verabschiedet auf dem Gründungskongress (Wien, November 2006)

Abgeändert vom 2. Weltkongress (Vancouver, Kanada, Juni 2010)

Abgeändert vom 3. Weltkongress (Berlin, Deutschland, Mai 2014)

Abgeändert vom 4. Weltkongress (Kopenhagen, Dänemark, Dezember 2018)

Abgeändert vom 5. Weltkongress (Melbourne, Australien, November 2022)

Abgeändert vom 6. außerordentlichen Weltkongress (Online, Oktober 2023)

Quelle: <https://www.ituc-csi.org/ituc-constitution-de>

(zuletzt abgerufen am 30.6.25)

Der Satzung vorangestellt ist eine „Grundsatzerklärung“ mit programmatischen Aussagen.

Auszug aus der „Grundsatzerklärung“

...

Der Bund tritt nachdrücklich für die Wahrung und Stärkung des Friedens ein und verschreibt sich einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen und einer generellen Abrüstung. Er verkündet das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und auf ein Leben frei von Aggressionen und Totalitarismus unter einer Regierung ihrer eigenen Wahl. Er lehnt den Rückgriff auf Krieg zur Beilegung von Konflikten ab und verurteilt Terrorismus, Kolonialismus und Militarismus ebenso wie Rassismus und Sexismus.

Der Bund unterstützt entschieden die Prinzipien und die Rolle der Vereinten Nationen sowie deren einzigartige Legitimität und Autorität, die eine wirksame Garantie für Frieden, Sicherheit und Entwicklung darstellen, womit sie den Respekt und die Unterstützung aller in der internationalen Gemeinschaft verdient.

...

ZIELSETZUNGEN

...

Die Gewerkschaftsbewegung hat von jeher die Aufgabe und auch weiterhin den Auftrag, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien zu verbessern und sich für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter, Frieden, Freiheit und Demokratie einzusetzen. Angesichts der ungezügelter kapitalistischer Globalisierung ist ein wirksamer Internationalismus mehr denn je von entscheidender Bedeutung für die künftige Stärke der Gewerkschaftsbewegung und ihre Fähigkeit, diesen Auftrag zu erfüllen.

...

Programm des IGB

Quelle: <https://www.ituc-csi.org/programm-des-igb>

(zuletzt abgerufen am 30.6.25)

(Verabschiedet beim Gründungskongress des IGB Wien, 1-3. November 2006)

Inhalt:

- Die Globalisierung verändern
- Die Herausforderung multinationaler Unternehmen
- Die Gewerkschaftsrechte schützen und fördern
- Bekämpfung von Diskriminierung, Durchsetzung von Gleichstellung
- Beendigung von Kinderarbeit
- Eine menschenwürdige Zukunft für jugendliche Beschäftigte
- Gesunde und sichere Arbeitsplätze für alle
- Die Internationale Arbeitsorganisation als globaler Bezugspunkt
- Frieden, Sicherheit und die Vereinten Nationen
- Organisierung
- Der neue Internationalismus

Auszug

...

Frieden, Sicherheit und die Vereinten Nationen

38. Der Kongress bekräftigt erneut die Verpflichtung des IGB, eine friedliche und sichere Welt herbeizuführen, in der die Menschen aller Länder in gegenseitiger Achtung und Toleranz miteinander leben, ohne die Gefahr von bewaffneten Konflikten, Terror - seitens staatlicher oder nichtstaatlicher Akteure - oder anderen Formen von Gewalt. Frieden ist eine Vorbedingung für das Erreichen der Gewerkschaftsziele.

39. Der Kongress lehnt Unilateralismus in internationalen Fragen ab und verpflichtet den IGB zu jeder möglichen Unterstützung der tragenden Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung von Frieden und der friedlichen Beilegung von Konflikten. Er verurteilt den Beschluss aus dem Jahr 2003, den Krieg im Irak ohne ausdrückliche Genehmigung der UN zu beginnen und fordert eine Rolle für die UN, um die Besatzung dieses Landes zu beenden.

40. Der Kongress fordert die Reform und Stärkung des internationalen Systems als Instrument zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Dies sollte gestärkte und demokratischere Vereinte Nationen und die Einrichtung eines UN-Sicherheitsrates für wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen beinhalten. Der jüngste Konflikt zwischen Israel und dem Libanon macht deutlich, wie wichtig es für die internationale Gemeinschaft ist, im Rahmen des multilateralen Systems der UN und der Rechtsstaatlichkeit entschiedene Maßnahmen ergreifen zu können, um auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung relevanter UN-Resolutionen angemessene und rasche Lösungen zu finden.

41. Der Kongress verurteilt zudem Terrorismus in all seinen Formen und unter welchem Vorwand auch immer, ebenso wie die von einigen Staaten verteidigte und praktizierte Politik des "Präventivkrieges" und der "selektiven Morde". Er fordert den IGB auf, sich dafür einzusetzen, dass Antiterrormaßnahmen nicht zu Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung beitragen oder hart erkämpfte demokratische Rechte untergraben.

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

42. Der Kongress ist sich bewusst, dass Konflikte ihren Ursprung häufig in Armut, Ungleichheit, Verletzungen der Menschenrechte einschließlich der Arbeitnehmerrechte, fehlenden menschenwürdigen Arbeitsplätzen, Korruption und schlechter Regierungsführung haben und dass die Gewerkschaften durch ihren Kampf für Solidarität und soziale Gerechtigkeit in bedeutender Weise zur Friedenssicherung beitragen können. Er begrüßt die Rolle, die die Gewerkschaften häufig bei der Förderung von Toleranz, Rücksichtnahme und Kooperation unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über Konflikte hinweg gespielt haben und fordert den IGB auf, derartige Initiativen und das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen zu unterstützen und zu fördern.

43. Der Kongress erklärt, dass ein umfassender Frieden zwischen Israel und Palästina auf der Grundlage der Existenz zweier souveräner, unabhängiger und existenzfähiger Staaten erneute internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung erfordert und höchste Priorität haben sollte.

44. Der Kongress fordert alle Länder auf, sich für die schnellstmögliche Erreichung einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen und die Umwandlung von Kriegswirtschaften in Friedenswirtschaften einzusetzen. Er fordert eine beträchtliche Kürzung der Militärausgaben, die dringenden Entwicklungsbedürfnissen und notwendigen Diensten Ressourcen entziehen und ruft zu neuen Initiativen zur Regulierung und Kontrolle der weltweiten Waffenproduktion und des weltweiten Waffenhandels auf.

45. Der Kongress begrüßt die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes und der Internationalen Kriegsverbrechertribunale und befürwortet weitere Maßnahmen zur Ausweitung der tatsächlichen Zuständigkeit der internationalen Justiz.

2. Weltkongress (21.-25.6.10 / Vancouver)

Der 2. Weltkongress verabschiedete zur Konkretisierung des Programms – neben der „Hauptplenarerklärung (s.u.) dreizehn weitere Beschlüsse:

- Die Globalisierung verändern
- Die grundlegenden Arbeitnehmerrechte fördern und schützen
- Gleichstellung der Geschlechter
- Ein nachhaltiges und gerechtes Entwicklungsmodell für das 21. Jahrhundert
- Globale Gewerkschaften und globale Unternehmen
- Organisierung
- Ein menschenwürdiges Leben für jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Die Internationale Arbeitsorganisation
- Demokratie, Frieden, Sicherheit und die Rolle der Vereinten Nationen
- Den Klimawandel durch eine nachhaltige Entwicklung und einen gerechten Übergang bekämpfen
- Wanderarbeitskräfte
- Den sozialen Schutz ausweiten und für guten Arbeitsschutz sorgen
- Kampf gegen HIV/Aids

Alle Beschlüsse in einer Datei s.:

https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/CONGRESS_Decisions_DE.pdf

(abgerufen 16.9.24)

Beschluss „Demokratie, Frieden, Sicherheit und die Rolle der Vereinten Nationen“

Quelle: <https://www.ituc-csi.org/entschliessung-demokratie-frieden>
(abgerufen am 16.9.24;

Der Beschluss ist auch in der oben angeführten Datei mit sämtlichen Beschlüssen des Kongresses enthalten)

1. Der Kongress bekräftigt erneut die Verpflichtung des IGB, eine friedliche, demokratische, sichere und beständige Welt herbeizuführen, in der die Menschen aller Länder in gegenseitiger Achtung und Toleranz miteinander leben, ohne die Gefahr von bewaffneten Konflikten, Terror oder anderen Formen von Gewalt oder Besatzung. Frieden ist eine Vorbedingung für das Erreichen der Gewerkschaftsziele. Der Kongress lehnt Unilateralismus in internationalen Fragen ab und verpflichtet den IGB zu jeder möglichen Unterstützung der tragenden Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung von Frieden und der friedlichen Beilegung von Konflikten.
2. Der Kongress bekräftigt, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie, eine verantwortungsvolle Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, einschließlich des internationalen Völkerrechtes, das Fundament für Frieden sind und sagt den Vereinten Nationen bei ihrer Arbeit um deren Förderung seine uneingeschränkte Unterstützung zu.
3. Der Kongress nimmt mit tiefer Besorgnis die erschreckend hohe Zahl der Todesopfer, der Verletzungen und Erkrankungen infolge von bewaffneten Konflikten weltweit zur Kenntnis. Häufig sind dabei die Schwächsten die Hauptopfer; systematische Vergewaltigungen und andere Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen werden als Kriegswaffe eingesetzt, vor allem im Rahmen ethnischer Konflikte und sogenannter «ethnischer Säuberungen». Hunderttausende Kinder überall auf der Welt werden bei Konflikten als Kindersoldaten verpflichtet und enden als Militärsklaven. Krieg und die Gefahr eines Krieges sind auch für die Vertreibung von Millionen Menschen innerhalb von und zwischen einzelnen Ländern verantwortlich. Am dramatischsten ist, dass das Scheitern ganzer Staaten jegliche Rechtsstaatlichkeit beseitigt hat.
4. Während der Kongress tagt, sind weltweit Menschen in mehr als 20 Ländern und Hoheitsgebieten von bewaffneten Konflikten unterschiedlichen Ausmaßes betroffen. Allzu häufig wird dies von denjenigen ausgenutzt, die Waffen liefern oder auf andere Weise versuchen, von Ländern in Konfliktsituationen zu profitieren. Es besteht ernsthafte Gefahr, dass internationale Konflikte und Instabilität zu vermehrten repressiven Sicherheitsmaßnahmen und zur Aushöhlung hart erkämpfter demokratischer Rechte führen. Der IGB muss weiterhin darauf achten, dass die Maßnahmen zur Terrorbekämpfung im Verhältnis zu den Gefahren stehen und die uneingeschränkte Achtung der grundlegenden IAO-Übereinkommen, vor allem der Übereinkommen 87 und 98, oder anderer Menschenrechte nicht untergraben.
5. Der Kongress verurteilt Terrorismus in all seinen Formen und unter welchem Vorwand auch immer, ebenso wie die von einigen Staaten verteidigte und praktizierte Politik des «Präventivkrieges» und der «selektiven Morde». Er verurteilt darüber hinaus den Rückgriff auf Folter und besteht auf der uneingeschränkten Einhaltung der Genfer Konvention seitens der Regierungen, auch bezüglich der Behandlung von Kriegsgefangenen. Die Bemühungen um die Terrorbekämpfung müssen sich in wirksamer Weise mit den Faktoren – vor allem Armut, Ungerechtigkeit, ethnische und religiöse Diskriminierung und Arbeitslosigkeit – auseinandersetzen, die es terroristischen Organisationen ermöglichen, Unterstützung zu mobilisieren und Mitglieder zu werben, und sie dürfen nicht selbst Verletzungen der Menschenrechte, einschließlich der Gewerkschaftsrechte, beinhalten. Darüber hinaus ist internationale

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

Zusammenarbeit erforderlich, um die Verbindungen zwischen dem Terrorismus und dem organisierten Verbrechen aufzulösen.

6. Konflikte haben ihren Ursprung häufig in wirtschaftlichen und sozialen Entbehrungen. Die Aufwendung zusätzlicher Mittel, einschließlich Entwicklungshilfe, für die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten, vor allem für junge Menschen, ist bei der Auseinandersetzung mit den Ursachen von sozialer Instabilität und Konflikten von zentraler Bedeutung. Mit ihren bleibenden Werten – soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Nichtdiskriminierung und Toleranz – sowie mit ihrer Rolle und Präsenz am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft verfügen die Gewerkschaften über einzigartige Kapazitäten, um auf Frieden und die Vermeidung von Konflikten hinzuwirken sowie mit deren Nachwirkungen umzugehen. Der Kongress würdigt den Mut der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in aller Welt, die sich über Konfliktgrenzen hinweg um Frieden und Verständnis bemühen.

7. Die weltweiten Militärausgaben wurden in den letzten zehn Jahren in realen Zahlen um 45% auf ein Rekordniveau angehoben, wobei einige Länder bis zu 10% ihres BIP dafür aufwenden, auf Kosten dringend benötigter Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Der Kongress fordert die internationale Gemeinschaft dringend auf, umfassende Kürzungen bei den Militärausgaben vorzunehmen und unterstreicht, dass der Übergang von der Produktion für militärische Zwecke zu sozial nützlichen Zwecken den Lebensunterhalt der betroffenen Beschäftigten schützt.

8. Angesichts der Tatsache, dass bereits neun Länder über Atomwaffenkapazitäten verfügen und von mindestens zwei weiteren angenommen wird, dass sie eigene Atomwaffenprogramme durchführen, gibt es weltweit mehr als 23.000 Atomsprengköpfe – genug, um jegliches Leben auf dem Planeten mehrfach zu zerstören. Die Gefahr eines potenziellen Einsatzes von Atomwaffen ist nach wie vor hoch, und durch den heimlichen Transfer der Kerntechnologie steigt das Risiko, dass künftig noch mehr Staaten über Atomwaffenkapazitäten verfügen und Terrororganisationen Atomwaffen erwerben und einsetzen. Der Kongress ruft dazu auf, die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) in die Lage zu versetzen, Inspektionen in allen Ländern durchzuführen, um die Kontrolle zu verbessern und die Verbreitung zu verhindern.

9. Der Kongress ist sich der Bedeutung der Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages oder Nichtverbreitungsvertrages (NVV) im Jahr 2010 bei den Vereinten Nationen bewusst und begrüßt die Bemühungen der Gewerkschaften weltweit um die Gewährleistung ihres Erfolges. Alle Regierungen müssen den NVV ratifizieren und ihren daraus erwachsenden Verpflichtungen uneingeschränkt nachkommen, und die internationale Gemeinschaft muss ihre Anstrengungen intensivieren, um Atom- und andere Massenvernichtungswaffen zu vernichten und die Vorstellung, dass sie als Abschreckung benötigt werden, endgültig aufgeben. Darüber hinaus müssen sie die Chemiewaffenkonvention, die Bio- und Toxinwaffenkonvention und den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen ratifizieren und uneingeschränkt umsetzen. Der Kongress fordert zügige multilaterale Fortschritte bezüglich internationaler Abkommen zur Regulierung des Handels mit Klein- bzw. Leichtwaffen, einschließlich eines UN-Kontrollabkommens für den Waffenhandel, und anderen konventionellen Waffen, einschließlich einer universellen Ratifizierung und Umsetzung des Ottawa-Vertrages von 1999 zum Verbot von Antipersonenminen und der Konvention über das Verbot von Streumunition.

10. Der katastrophale Krieg im Irak macht die absolute Notwendigkeit deutlich, internationales Recht und die Rolle der UN bei der Konzipierung und Umsetzung multilateraler Lösungen für potenzielle und bereits ausgebrochene Konflikte zu achten. Der Aufbau einer Demokratie

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts in einem souveränen Irak werden beträchtliche und langfristige internationale Unterstützung erfordern, vor allem durch Ressourcen für die Infrastruktur, öffentliche Dienste und die Schaffung menschenwürdiger Arbeit, zu deren Befürwortung der Kongress den IGB verpflichtet. Die Beschränkungen des Rechtes auf die Gründung von und den Beitritt zu unabhängigen Gewerkschaften im Irak verhindern einen Beitrag der Gewerkschaften zur Förderung des Friedens, der Demokratie und der Arbeitnehmerrechte. Der Kongress unterstützt daher die irakische Gewerkschaftskampagne für die Verabschiedung und Inkraftsetzung eines fairen und gerechten Arbeitsgesetzes.

11. Der Ernst der Lage in Afghanistan macht deutlich, wie notwendig es ist, dass die internationale Gemeinschaft den erforderlichen politischen Willen unter Beweis stellt und die benötigten Ressourcen aufbringt, um Korruption, Drogenhandel und Kriegsherren durch die Beseitigung der Armut, die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Bildung und den Kampf gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung und andere Ungleichheiten in den Griff zu bekommen, und auf diese Weise eine friedliche Lösung für die in dem Land herrschende Gewalt zu finden. Mit militärischen Aktionen allein sind diese Ziele nicht zu erreichen. Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts sind von zentraler Bedeutung für die Herbeiführung der erforderlichen Umgestaltung und die Schaffung von Bedingungen, unter denen das afghanische Volk eine menschenwürdige Zukunft für sich gestalten kann. Vor diesem Hintergrund sollte die internationale Gewerkschaftsbewegung eine wichtige Rolle bei der Zusammenarbeit mit, bei der Unterstützung und Stärkung der afghanischen Gewerkschaftsbewegung und Zivilgesellschaft spielen. Der Kongress unterstreicht die Führungsrolle der UN bei der Herbeiführung von Frieden, Sicherheit und Demokratie in Afghanistan, u.a. durch die Unterstützung einer internationalen Friedenskonferenz unter Beteiligung aller beteiligten Parteien und der Regierungen in der Region.

12. Die Bemühungen um einen umfassenden Frieden zwischen Israel und Palästina auf der Grundlage einer friedlichen Koexistenz zweier souveräner, unabhängiger und existenzfähiger Staaten erfordern erneute internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung. Dies muss höchste Priorität haben. Der Kongress bekräftigt, dass die umfassende Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 242 (1967), die den Grenzverlauf von 1967 anerkennt, und 338 (1973) von grundlegender Bedeutung für die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens ist. Der Kongress ist sich bewusst, dass Maßnahmen zur Linderung der Not palästinensischer Flüchtlinge, ebenfalls auf der Grundlage der relevanten UN-Resolutionen, der wichtigste Baustein für friedliche und konstruktive Beziehungen zwischen Israel, Palästina und ihren Nachbarn sind. Der Kongress fordert zudem die universelle Anerkennung des Existenzrechtes Israels, neben einem unabhängigen existenzfähigen palästinensischen Staat, als unerlässliche Bedingung für das Zustandekommen einer friedlichen Lösung.

13. Die fortdauernde israelische Besatzung des Westjordanlandes, die Existenz illegaler israelischer Siedlungen dort und deren Auswirkungen auf das Leben der Palästinenser, u.a. auf ihren Zugang zu Wasser, sowie die Blockade Gazas und die extremistische Politik der Hamas stellen ernsthafte Hindernisse für das wirtschaftliche und soziale Entwicklungspotenzial Palästinas dar und machen zahlreiche palästinensische Beschäftigte abhängig von prekären Tätigkeiten in den Siedlungen. Der Beschluss Ägyptens, starke Beschränkungen für seine Grenzen mit Gaza einzuführen, wird die tiefe Wirtschaftskrise, der sich die Bevölkerung Gazas ausgesetzt sieht, weiter verschärfen.

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

14. Die israelische Invasion in Gaza im Dezember 2008 als Reaktion auf Raketenangriffe und das Versäumnis, die UN-Sicherheitsratsresolution einzuhalten, in der eine Waffenruhe gefordert wird, waren unverantwortlich und inakzeptabel und haben Hunderte unschuldige Zivilisten das Leben gekostet. Diese Vorkommnisse waren ein weiteres Beispiel für den tödlichen Kreislauf aus Provokation und Reaktion, der lediglich dazu dient, extremistische Haltungen zu vertiefen und die Aussicht auf eine Beilegung des Konfliktes in noch weitere Ferne zu rücken.

15. Der Kongress sieht in der Beendigung der israelischen Präsenz in Gaza einen wichtigen Schritt in Richtung auf die Beilegung des Konfliktes und fordert die Aufhebung der Blockade Gazas im Einklang mit der UN-Sicherheitsratsresolution 1860 (2009) sowie ein Ende der Besatzung des Westjordanlandes durch Israel und die Entfernung aller dortigen Siedlungen. Der Kongress ist sich bewusst, dass Wirtschaftsbeziehungen mit den Siedlungen dazu beitragen, deren Existenz zu sichern, was einen Verstoß gegen internationales Recht darstellt.

16. Obwohl jedes Land das Recht hat, seine anerkannten Grenzen sowie das Leben und das Wohl seiner Bevölkerung zu verteidigen, stellt die Errichtung einer erheblich auf palästinensisches Gebiet vordringenden Trennmauer durch die israelische Regierung einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar und erschwert die Bemühungen um Frieden und eine friedliche Koexistenz. Der Kongress fordert die Beseitigung der Mauer in dem Wissen, dass die gegenseitige Sicherheit und Achtung unter Israelis und Palästinensern von zentraler Bedeutung für das Streben nach Frieden ist. Der Kongress fordert Israel und Syrien auf, sich auf den Abzug Israels von den Golanhöhen und entsprechende Sicherheitsgarantien zu verständigen.

17. Der Kongress fordert sowohl die Israelis als auch die Palästinenser dringend auf, auf Gewalt zu verzichten, sich zu einem sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand zu verpflichten und umgehend direkte Verhandlungen zu beginnen, wie im 2002 von den USA, Russland, der UNO und der EU festgelegten «Fahrplan» vorgesehen. Er ist sich bewusst, dass eine Vereinbarung über die Rechtsstellung Jerusalems von zentraler Bedeutung für die Beilegung des Konfliktes ist und unterstreicht die dringende und unbedingte Notwendigkeit aufseiten der internationalen Gemeinschaft, die Herbeiführung einer friedlichen und gerechten Lösung in jeder nur möglichen Weise zu unterstützen.

18. Der Kongress begrüßt die im August 2008 mit Unterstützung des IGB zustande gekommene Vereinbarung zwischen der Histadrut und dem PGFTU über die Rechte palästinensischer Beschäftigter als Meilenstein und würdigt zudem die Initiativen der Globalen Gewerkschaftsföderationen in ihren jeweiligen Sektoren zur Unterstützung der Zusammenarbeit bei der Verteidigung der Arbeitnehmerrechte. Diese Vereinbarung und andere Maßnahmen zur Förderung von menschenwürdiger Arbeit und einer Beendigung von Diskriminierung sind unerlässlich für die Schaffung einer Grundlage für eine gerechte und gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung.

19. Hunderttausende palästinensische Beschäftigte können unter den derzeitigen Bedingungen keine Arbeit finden, was zu weitverbreiteter Verzweiflung und Desillusion führt, und der Kongress fordert dringende Maßnahmen, um die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten für sie zu unterstützen. Der Kongress verpflichtet den IGB, den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der palästinensischen und der israelischen Gewerkschaftsbewegung weiterhin zu unterstützen und ersucht die internationale Gemeinschaft, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Entwicklung Palästinas zu fördern, u.a. durch den Palästina-Fonds der IAO für Beschäftigung und sozialen Schutz.

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

20. Die Förderung der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte ist nicht nur für die Beilegung des Konfliktes im Nahen Osten von grundlegender Bedeutung, sondern auch im Falle der vielen anderen Konflikte weltweit wichtig. Der Kongress würdigt und befürwortet in diesem Zusammenhang vor allem die wichtige Rolle der im Jahr 2006 eingerichteten UN-Kommission für Friedenskonsolidierung als ein Instrument für den Wiederaufbau nach einem Konflikt. Er begrüßt zudem die bei den Vereinten Nationen erzielten Fortschritte bezüglich der Verpflichtung, Schutz zu gewähren und fordert alle Länder auf, die Weiterentwicklung dieses Konzeptes umfassend zu unterstützen und daran mitzuwirken. Der Kongress fordert zudem alle Länder auf, die Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofes mit universeller Gerichtsbarkeit anzuerkennen und in vollem Umfang mit ihm zusammenzuarbeiten sowie die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für internationale Konflikte anzuerkennen.

21. Der Kongress ist sich bewusst, dass eine tragfähige und dauerhafte Lösung für das Zypern-Problem zu Frieden und Stabilität im südöstlichen Mittelmeerraum beitragen und die Beziehungen zwischen den Nachbarländern Zypern, Griechenland und der Türkei untermauern wird. Der Kongress begrüßt daher die Schirmherrschaft und Unterstützung des UN-Generalsekretärs bei den Verhandlungen über eine umfassende Lösung für diese langjährige Streitfrage. Er ist sich des guten Willens bewusst und ermutigt die beiden führenden Vertreter Zyperns, an ihrer Entschlossenheit festzuhalten und ihre Bemühungen um eine umfassende, tragfähige und gerechte Lösung auf der Grundlage aller relevanten UN-Resolutionen und im Einklang mit den Gründungsprinzipien der EU fortzusetzen.

IGB-Aktionsprogramm

22. Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) die verschiedenen Aktivitäten der UN zur Herbeiführung eines weltweiten Friedens sowie von Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts zu unterstützen und sich daran zu beteiligen und der uneingeschränkten Verpflichtung nationaler Regierungen zum Respekt vor der Rolle der Vereinten Nationen Nachdruck zu verleihen;
- (b) multilaterale Maßnahmen zur Sicherung und Wahrung des Friedens, zur friedlichen Beilegung von Konflikten, zur strafrechtlichen Verfolgung derjenigen, die sich Kriegsverbrechen und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, sowie zur Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes nachdrücklich zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass sich die UN-Mitgliedsstaaten an das in der Charta der Vereinten Nationen festgelegte Ziel halten und auf die Drohung mit Gewalt oder die Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist, verzichten;
- (c) sich umgehend darum zu bemühen, dass alle Regierungen den Friedensprozess im Nahen Osten auf der Grundlage der in dieser Entschließung angesprochenen Prinzipien und UN-Resolutionen voranbringen;
- (d) die Bemühungen der Histadrut (Israel) und des PGFTU (Palästina) gegenüber ihren jeweiligen Regierungen um die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine gerechte und faire Beilegung des Konfliktes zu unterstützen und zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen der Histadrut und dem PGFTU auszubauen;
- (e) die Entwicklung durchsetzbarer Instrumente zu unterstützen, um das Verhalten multinationaler Unternehmen zu regeln, die in Regionen tätig sind, die einen Konflikt

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

durchmachen oder durchgemacht haben, in denen die Regierung schwach ist bzw. die von derartigen Situationen profitieren;

(f) mit Gewalt konfrontierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu unterstützen und zu verteidigen und Mitgliedsorganisationen, die sich in Konfliktsituationen um Frieden, Aussöhnung und den Aufbau von Demokratie bemühen, praktische und politische Unterstützung zu gewähren;

(g) sich für eine beträchtliche Kürzung der Militärausgaben und ihre Verwendung für die Erfüllung dringender sozialer Bedürfnisse, für die internationale Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Umwandlung der Waffenproduktion in eine Produktion für friedliche Zwecke einzusetzen;

(h) sich um eine wirksame internationale Regulierung der Produktion und des Handels mit Waffen, die Nichtweiterverbreitung sämtlicher Waffen, einschließlich Kernwaffen, sowie vor allem um die Beseitigung sämtlicher Massenvernichtungswaffen zu bemühen;

(i) Gewerkschaftsmaßnahmen zur Verbesserung der Toleranz und des Verständnisses unter verschiedenen Nationen und Kulturen zu fördern und die Mitgliedsorganisationen dazu zu ermutigen, ihre Bemühungen um Solidarität und Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene abzustimmen, auch durch die Zusammenarbeit mit sozialen und Friedensbewegungen und mit anderen Organisationen, die die Anliegen und Werte der Gewerkschaftsbewegung teilen.

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

„Hauptplenarentschlüsse“ (2. - 4. Weltkongress)

Alle bisherigen Weltkongresse (außer dem Gründungskongress) verabschiedeten außerdem „Hauptplenarentschlüsse“ o.ä. benannte Dokumente

2. Weltkongress (21.-25.6.10 / Vancouver):

„AUS DER KRISE ... MIT GLOBALER GERECHTIGKEIT“

[https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ 5 1 - Final Theme Report Resolution - DE.pdf](https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/5_1_-_Final_Theme_Report_Resolution_-_DE.pdf)

3. Weltkongress (18.-23.5.14 / Berlin):

Building Workers' Power

<https://www.ituc-csi.org/building-workers-power>

4. Weltkongress (2.-7.12.18 / Kopenhagen):

„Building Workers' Power - Die Regeln neu festlegen“

<https://www.ituc-csi.org/4co-g-5-building-workers-power-die>

(alle Links abgerufen 16.9.24)

5. Weltkongress (17.-22.11.22 / Melbourne)

Kongresserklärung „Ein Neuer Sozialvertrag“

Quelle: <https://congress2022.ituc-csi.org/5co-final-statement-de>
(abgerufen am 16.9.24)

Inhaltsübersicht:

Die Erklärung enthält folgende Abschnitte (in Klammern die Textnummern):

(ohne Überschrift) (Ziff. 1 – 15)

Klima (Ziff. 16 - 20)

Die Covid-19-Pandemie und globale Gesundheit (Ziff. 21 - 30)

Technologie (Ziff. 31 - 40)

Ein neuer Sozialvertrag (Ziff. 41 - 105)

- Arbeitsplätze (Ziff. 42 - 50)
- Rechte (Ziff. 51 - 65)
- Löhne (Ziff. 66 - 72)
- Sozialschutz (Ziff. 73 - 78)
- Gleichstellung (Ziff. 79 - 89)
- Inklusion (Ziff. 90 - 104)

(ohne Überschrift) (Ziff. 105 – 111)

Auszüge:

...

2. Seit mehr als 150 Jahren organisieren sich arbeitende Menschen in demokratischen Gewerkschaften und haben damit eine treibende und unabhängige Kraft für Demokratie und Rechte geschaffen. Gewerkschaften haben durch jahrzehntelange kollektive Aktionen soziale und wirtschaftliche Fortschritte durchgesetzt und für ein Gegengewicht zu Ausbeutung, Profitgier und Diskriminierung gesorgt. Die in den IGB-Gründungsgrundsätzen verankerten bleibenden Werte unserer Bewegung bilden das Fundament für eine Welt, in der Frieden, Demokratie, nachhaltige Entwicklung und Gleichstellung für alle Vorrang haben. Eine Welt, in der die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geachtet werden, die Lebensstandards menschenwürdig sind und niemand zurückgelassen wird.

...

5. Ein neuer Sozialvertrag ist durch den Beginn der Covid-19-Pandemie, die jüngste der sich überschneidenden Krisen, vor denen die Welt steht, noch dringender geworden.

...

xii. Es besteht weiterhin die reale Gefahr eines Atomkrieges sowie bewaffneter Konflikte innerhalb von und zwischen Nationen.

...

...

7. Der IGB unterstützt die Vereinten Nationen als höchste multilaterale Institution und ihre damit verbundene Rolle, einschließlich ihres Einsatzes für Frieden, und ist sich bewusst, dass eine UN-Reform die Rechenschaftspflicht und Wirksamkeit erhöhen muss, in Anerkennung

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

der Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten mit Blick auf die Unterstützung der Charta der UN und ihrer Arbeit.

...

9. Seit dem letzten IGB-Weltkongress sind Millionen Menschen infolge von Kriegen gestorben, darunter Hunderttausende, die ihr Leben durch die Konflikte im Jemen und in der Region Tigray verloren haben. Mit der brutalen Ukraine-Invasion Russlands hat es in den letzten Jahren in jeder Region der Welt Konflikte gegeben, woraufhin Millionen Menschen aus ihrem Heimatland geflüchtet und viele Millionen mehr zu Binnenvertriebenen geworden sind, die große Mehrheit in weniger wohlhabenden Ländern.

10. Frieden ist das Herzstück der Werte des IGB, und die absolute Ablehnung von Krieg und der damit einhergehenden Gräueltaten muss die Bemühungen um einen auf den Prinzipien der Vereinten Nationen basierenden Rahmen für unsere gemeinsame Sicherheit befeuern. Dieser Rahmen muss den ideologischen, sozialen und wirtschaftlichen Konfliktursachen Rechnung tragen und diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die für den Beginn und die Unterstützung von Kriegen sowie für Kriegsverbrechen und Terroranschläge verantwortlich sind.

11. Als größte organisierte demokratische Kraft über Nationen hinweg ist die internationale Gewerkschaftsbewegung unerlässlich für die Bewältigung der Herausforderungen und für das Streben nach Frieden. Mehr Solidarität in Krisenzeiten ist zwingend erforderlich für die Gestaltung einer gerechteren und humaneren Welt.

...

13. In entscheidenden Momenten der Menschheitsgeschichte hat der Sozialvertrag das Fundament für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit gelegt, durch:

i. die Gründung der ILO im Jahr 1919 nach den Verwüstungen des Ersten Weltkrieges mit ihrem Grundsatz: "Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden."

ii. die Annahme der ILO-Erklärung von Philadelphia im Jahr 1944 inmitten der Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, ihre Verpflichtung zu "Vollbeschäftigung und Verbesserung der Lebenshaltung" und ihre Erklärung, dass "Arbeit keine Ware ist", dass "Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit wesentliche Voraussetzungen beständigen Fortschritts sind" und dass "Armut, wo immer sie besteht, den Wohlstand aller gefährdet".

iii. Dadurch wurden die Weichen für geteilten Wohlstand im Großteil der Welt gestellt, aber heute wird der Sozialvertrag nicht mehr erfüllt. Die Unermesslichkeit und Komplexität der sich überkreuzenden Herausforderungen, vor denen die Welt steht, erfordern eine Vision und Entschlossenheit, wie sie die Visionäre hatten, die die erste und die zweite Version des Sozialvertrages erschaffen haben. Und dieses Mal darf der Sozialvertrag nicht auf die Länder begrenzt sein, die bereits reich sind. Er muss für alle gelten und er muss resilient gegenüber künftigen Schocks und mächtigen Interessen sein, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit ablehnen. Eine starke und effektive ILO, die die multilaterale Agenda voranbringt, ist dafür von zentraler Bedeutung. Obwohl wichtige Elemente des nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Sozialvertrages in vielen Ländern dank der Wachsamkeit und Organisation von Gewerkschaften weiter Bestand haben, sind sie ohne einen neuen Sozialvertrag für die ganze Welt ständig in Gefahr.

...

65. Der Kongress:

...

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung

hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

xxiii. bedauert die fortdauernde Besetzung Palästinas durch Israel und bekräftigt die beim 4. IGB-Weltkongress in Kopenhagen beschlossene Position zugunsten einer Zweistaatenlösung im Einklang mit den einschlägigen UN-Sicherheitsratsresolutionen;

xxiv. verurteilt die Machtübernahmen und die massive Unterdrückung in Afghanistan, Belarus, Eswatini, Hongkong, Myanmar und überall dort, wo Macht durch Gewalt und den Missbrauch rechtsstaatlicher Verfahren ergriffen oder erhalten wird;

xxv. bekräftigt die Position des 4. IGB-Weltkongresses, der das Leid des saharaischen Volkes in der Westsahara verurteilt hat, und fordert alle beteiligten Parteien dringend auf, eine gerechte und dauerhafte Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu finden, und verpflichtet sich zur uneingeschränkten Unterstützung des Rechtes auf Selbstbestimmung für alle Menschen.

...

68. Es ist kein Zufall, dass die Länder mit den höchsten Durchschnittslöhnen, der besten Lebensqualität und den leistungsstärksten Volkswirtschaften auch diejenigen mit der größten Tarifbindung sind. In den letzten Jahrzehnten ist die Tarifbindung überall auf der Welt kontinuierlich zurückgegangen, während die Reichen noch reicher geworden sind und einige wenige ein obszönes Vermögen angehäuft haben. Tarifverhandlungen sind von zentraler Bedeutung für die Umverteilung des Reichtums und werden in der Praxis stets das wirksamste dafür Mittel sein. Die Gewährleistung, dass alle arbeitenden Menschen das Recht haben, einer Gewerkschaft beizutreten und Tarifverhandlungen zu führen, ist von entscheidender Bedeutung für die Wiederherstellung eines angemessenen Lebensstandards, vor allem angesichts der katastrophalen Folgen der Pandemie auf die Lebensstandards und der kriegsbedingten Preiserhöhungen für Lebensmittel, Energie und andere Waren in aller Welt.

...

101. Frieden ist unerlässlich für inklusives Wachstum und soziale Gerechtigkeit, die wiederum Vorbedingungen für Frieden sind. Dennoch besteht nach wie vor die reale Gefahr von Konflikten und insbesondere eines Atomkonfliktes. Die Gewerkschaftsbewegung kann auf eine stolze Geschichte zurückblicken, wenn es darum geht, Frieden zu fördern und Konfliktursachen zu beseitigen, u.a. durch Bemühungen um wirtschaftliche Sicherheit für arbeitende Menschen und die Bekämpfung von Rechtsextremismus und anderen Formen von Extremismus, die Unsicherheit schüren, um eine auf Hass und Ausgrenzung basierende Agenda voranzubringen.

102. Obwohl der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen inzwischen in Kraft getreten und auch der Atomwaffensperrvertrag von zentraler Bedeutung ist, sind wichtige bestehende Überwachungsverfahren und Rüstungskontrollvereinbarungen ausgelaufen oder geschwächt worden, und die Welt braucht dringend neue Initiativen, um den Weg in eine atomwaffenfreie Zukunft zu sichern und für die Umstellung der Rüstungsproduktion auf eine Produktion zum Wohle der Welt zu sorgen, anstatt ihr mit Zerstörung zu drohen. Die diesbezügliche Arbeit des IGB mit dem International Peace Bureau und anderen Verbündeten in der Zivilgesellschaft muss fortgesetzt werden.

103. Darüber hinaus ist die Welt übersät mit Kleinwaffen und anderen Waffen. Der inzwischen von den meisten UN-Mitgliedsstaaten ratifizierte Vertrag über den Waffenhandel zielt darauf ab, den Waffenhandel zu regulieren und illegale Lieferungen zu unterbinden. Dennoch haben die weltweiten Rüstungsausgaben mit fast 2 Billionen US-Dollar pro Jahr einen neuen Höchststand erreicht, Tendenz steigend. Frieden und die Beendigung von Konflikten

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

innerhalb von und zwischen Ländern sind ein integraler Bestandteil des Auftrages und der Werte des IGB und werden es auch künftig sein.

104. Der Kongress:

...

xvii. wiederholt seine Verpflichtung zu einer atomwaffenfreien Welt, zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen, zum Atomwaffensperrvertrag und zur Einführung von Überwachungs- und Kontrollverfahren, solange es noch Atomwaffen gibt;

xviii. bekräftigt die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Vermeidung und Beilegung bewaffneter Konflikte durch internationale Normen sowie diplomatische und politische Mittel und fordert die Ratifizierung und effektive Inkraftsetzung des Vertrages über den Waffenhandel seitens aller Länder;

xix. verpflichtet sich zur Solidarität mit den Opfern bewaffneter Konflikte und zur Förderung der gemeinsamen Sicherheit, um bewaffnete Konflikte zu verhindern und beizulegen;

...

...

107. Um Solidaritätsaktionen zu koordinieren und durchzuführen, arbeitenden Menschen mehr Macht zu verschaffen und unser Ziel einer Umgestaltung der Weltwirtschaft zu erreichen, muss der IGB seine Kapazitäten weiter ausbauen, damit er die Mitgliedsorganisationen unterstützen und auf globaler Ebene Einfluss ausüben kann durch:

...

xii. aktive Friedensarbeit, u.a. durch Lobby- und politische Arbeit sowie Austauschprogramme;

...

...

111. Wir verpflichten uns, in enger Abstimmung mit den Regionalorganisationen und -strukturen, dem Global-Unions-Rat, den Globalen Gewerkschaftsföderationen und dem TU-AC, zur Organisierung und zum Kampf für die Welt, wie wir sie uns vorstellen, zur Umgestaltung der Weltwirtschaft, indem wir die in dieser Erklärung dargelegten Ziele verwirklichen, basierend auf den bleibenden Werten des IGB: Frieden, Demokratie, Rechte, Gleichstellung, Entwicklung sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Dringlichkeitsentschließung „Russlands Invasion in die Ukraine - Frieden, Demokratie und Rechte“

Quelle: <https://congress2022.ituc-csi.org/5co-g-5-b-i>
(abgerufen am 16.9.24)

Der Kongress verurteilt die mit Unterstützung des Regimes in **Belarus** durchgeführte brutale und rechtswidrige Invasion **Russlands** in die **Ukraine**, bei der Zehntausende, darunter viele Zivilisten, getötet oder verstümmelt und massenweise kritische Infrastruktureinrichtungen zerstört wurden. Der Kongress fordert ein sofortiges Ende der russischen Aggression und den vollständigen Abzug russischer Truppen aus der gesamten Ukraine. Der Kongress ruft zu Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen auf, um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu ermöglichen.

Die Angriffe auf kritische Infrastrukturen haben u.a. gezielte Anschläge auf wichtige Versorgungseinrichtungen wie die Energieversorgung beinhaltet. Das stellt ein Kriegsverbrechen dar, ebenso wie die Folter und Massaker an der Zivilbevölkerung, darunter Frauen und Kinder, seit dem Beginn der Invasion. Dutzende Elektrizitätswerke wurden zerstört oder beschädigt, so dass ganze Regionen keinen Strom haben, während die Temperaturen sinken, was die Evakuierung von Zivilisten erforderlich macht, die zu den Millionen Vertriebenen hinzukommen, und wodurch Tausende Arbeitsplätze entweder direkt oder indirekt vernichtet werden. Die Bombardierung von Atomkraftwerken birgt die Gefahr katastrophaler Störfälle

Durch die russische Invasion wurde eine weitere Region vom Krieg erfasst, während Konflikte anderswo, in **Syrien**, der Region **Tigray**, im **Jemen** und in vielen anderen Ländern, weiter Menschenleben zerstören Sie hat direkte Folgen überall auf der Welt, durch rasant steigende Energiepreise und die starke Beeinträchtigung wichtiger Exporte von Düngemitteln, Getreide und anderen Waren, wodurch Hunderte Millionen Menschen in Armut gestürzt werden und viele Hunger leiden müssen, auch in anderen Konfliktgebieten. Durch die Invasion sind Millionen Menschen zu den vielen Millionen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen hinzugekommen, die bereits weltweit vor Konflikten, Umweltzerstörung oder aus anderen Gründen geflüchtet waren.

Zusätzlich zu den Hunderttausenden Menschen, die ihr Leben verloren haben, wurden in den letzten Jahren viele mehr verstümmelt oder von kriegsbedingten Krankheiten heimgesucht, mit katastrophalen Auswirkungen.

Der Kongress verurteilt jegliche Drohung mit den Einsatz von Atomwaffen und fordert alle Länder auf, auf Massenvernichtungswaffen zu verzichten und den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen umgehend zu ratifizieren und in Kraft zu setzen.

Der Kongress äußert tiefe Besorgnis über die vom Lukaschenko-Regime gegen die Menschen in **Belarus** und die freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung des Landes gerichteten Repressionen, einschließlich der Festnahme der Führungsspitze des BKDP, der haltlosen Beschuldigung führender Arbeitnehmervertreter*innen des Hochverrats und ihrer Bestrafung.

Der Kongress erklärt sich solidarisch mit der BKDP und allen, die festgenommen, strafrechtlich verfolgt, inhaftiert und vertrieben wurden. Es ist wichtig, dass der BKDP in den Reihen des IGB verbleibt und dass die internationale Gewerkschaftsbewegung weiterhin verstärkt Druck ausübt, damit inhaftierte Gewerkschafter*innen freigelassen werden. Der IGB begrüßt die Anwendung von Artikel 33 der ILO-Verfassung bezüglich Belarus und verlangt von der Regierung, dass sie alle ILO-Empfehlungen zu Belarus vollständig umsetzt und die

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

Entscheidung des Obersten Gerichtshofes bezüglich der Auflösung der BKDP-Mitgliedsorganisationen - Belarussische unabhängige Gewerkschaft (BNP), Freie Metallarbeitergewerkschaft (SPM), Belarussische Gewerkschaft der Rundfunk- und Elektronikindustrie (REP) und Freie Gewerkschaft van Belarus (SPB)- kippt. Sämtliche Anklagepunkte gegen ihre führenden Vertreter*innen müssen fallen gelassen und die Mitglieder des BKDP und seiner Mitgliedsorganisationen aus der Haft entlassen werden.

Durch die Einführung des Nationalen Sicherheitsgesetzes in **Hongkong** im Jahr 2020 haben die Regierungen Hongkongs und Chinas zivilgesellschaftliche Organisationen in Hongkong unterdrückt. Das Recht auf Vereinigungsfreiheit wurde angegriffen, und zahlreiche prominente Gewerkschafter*innen wurden inhaftiert. Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung Hongkongs ist in existenzieller Gefahr. Mehr als 60 Gewerkschaften wurden zwangsweise aufgelöst und etliche führende Gewerkschaftsvertreter*innen wegen ihrer Beteiligung an friedlichen Versammlungen inhaftiert. Wir fordern ihre Freilassung und die Rücknahme aller Anschuldigungen.

Wir stehen solidarisch an der Seite der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Hongkongs und appellieren dringend an alle Mitgliedsorganisationen, sich an der Unterstützungskampagne für sie zu beteiligen.

Der Kongress lehnt die Manipulation von Rechtssystemen zur Verfolgung von Gewerkschafter*innen und anderen Demokratie- und Rechtsverfechter*innen ab.

Der Kongress äußert zudem tiefe Besorgnis über die anhaltende Unterdrückung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in **China** und fordert die chinesische Regierung auf, das Streikrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit zu achten. Die Zwangsarbeit, auch in Xinjiang, muss ein Ende haben.

Der Kongress bekräftigt die tiefe und dauerhafte Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu Frieden und Demokratie und distanziert sich von all jenen, die bewaffnete Konflikte schüren oder rechtfertigen.

Der Kongress verurteilt die Unterjochung ganzer Völker durch eine Militärdiktatur in **Myanmar** und anderswo und verpflichtet sich, dem CTUM weiterhin Unterstützung zu gewahren und diese Unterstützung auszuweiten, u.a. durch internationale Maßnahmen gegen Unternehmen, die durch Geschäfte mit dem mörderischen Regime Profite machen.

Der Kongress erinnert an seine spezifische Solidaritätsbotschaft an die Gewerkschaften und die Menschen im **Iran** und fordert zudem ein Ende der frauenfeindlichen und diktatorischen Herrschaft in **Afghanistan**.

Der Kongress:

- i. Bekräftigt die Gründungsgrundsätze des IGB und seine Verpflichtung zu Frieden und dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung;
- ii. Bekundet Solidarität und Anteilnahme mit all denen, die aufgrund eines bewaffneten Konfliktes Familie, Freunde oder Kolleginnen verloren haben und verurteilt gezielte Angriffe auf Zivilisten und die zivile Infrastruktur in der Ukraine und anderswo. Der Kongress fordert die uneingeschränkte Achtung des internationalen Rechts ohne Ausnahme;
- iii. Begrüßt die überwältigende Solidarität und Unterstützung seitens der Nachbar- und anderer Länder für die Menschen in der Ukraine, einschließlich der vielen von

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung

hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

- Gewerkschaften inner- halb und außerhalb des Landes durchgeführten Solidaritätsprojekte, bei denen sie großzügige Unterstützung von anderen Gewerkschaften und der Öffentlichkeit erhalten haben;
- iv. Verpflichtet sich zu einer Kampagne für die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter*innen und Demokratieaktivist*innen in Belarus;
 - v. Ruft zu vergleichbarer internationaler Solidarität mit Flüchtlingen aus Syrien und anderen von bewaffneten Konflikten gebeutelten Ländern auf;
 - vi. Verurteilt den Militärputsch in Myanmar und das brutale Vorgehen des Regimes gegen die Menschen und ihre Gewerkschaften in dem Land und appelliert dringend an die Regierungen, umfassende Wirtschaftssanktionen zu verhängen und die Regierung der Nationalen Einheit in Myanmar anzuerkennen;
 - vii. Fordert die Aufhebung des Nationalen Sicherheitsgesetzes in Hongkong, ein Ende der Unterdrückung der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter*innen und Demokratieaktivist*innen sowie die uneingeschränkte Einhaltung der internationalen Verpflichtungen Hongkongs im Bereich der Arbeitnehmer- und anderer Menschenrechte;
 - viii. Fordert einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen bezüglich der Region Tigray;
 - ix. Verlangt, dass die für Konflikte Verantwortlichen für den Wiederaufbau der Wirtschaft und der Gesellschaft bezahlen, und betont die Bedeutung der ILO-Empfehlung 205: Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für Frieden und Resilienz;
 - x. Appelliert an die Regierungen, sich von allen unrechtmäßigen Regimen, militärischer oder sonstiger Art, zu distanzieren, und verlangt Sanktionen gegen Unternehmen, die Geschäfte mit diesen Regimen machen;
 - xi. Ist dankbar für die von Mitgliedsorganisationen und Globalen Gewerkschaftsföderationen gewährte Unterstützung für das IGB-Programm für gefährdete Länder und sagt dessen Fortsetzung und Stärkung zu;
 - xii. Fordert dringende multilaterale und internationale Maßnahmen, um die Verschwendung wichtiger Ressourcen für militärische Zwecke, insbesondere für Atomwaffen, zu beenden, und die Bereitstellung dieser Ressourcen für sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Zwecke, einschließlich einer gerechten Umstellung auf die nicht-militärische Nutzung von Ausrüstung und Kompetenzen;
 - xiii. Begrüßt den Bericht des Olof-Palme-Zentrums, des International Peace Bureau und des IGB über "Gemeinsame Sicherheit 2022" mit den darin enthaltenen zentralen Empfehlungen, einschließlich der Anberaumung einer UN-Friedenskonferenz;
 - xiv. Stellt fest, dass die Verwirklichung des neuen Sozialvertrages unerlässlich für dauerhaften Frieden ist;
 - xv. Appelliert an alle Länder, die Rolle und Autorität der Vereinten Nationen zu respektieren, fordert die Neubelebung ihrer Rolle bei der Sicherung und Wahrung des Friedens und der Beendigung von Konflikten mit allen verfügbaren Mitteln und unterstreicht die Notwendigkeit multilateraler Rahmenwerke, Dialoge und Verhandlungen für langfristige gemeinsame Sicherheit;
 - xvi. Bekräftigt, dass Flüchtlinge willkommen sind, und fordert die uneingeschränkte Achtung ihrer Menschenrechte;
 - xvii. Verlangt, dass alle, die sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben, vor Gericht

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

gestellt wer- den, und
xviii. Fordert die zügige und universelle Ratifizierung und uneingeschränkte Inkraftsetzung des Vertrages über den Waffenhandel, des Atomwaffensperrvertrages, des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen und des Vertrages zum Verbot von Atomwaffen.

Weitere Dringlichkeitsentschlösungen

Neben der o.a. Kongresserklärung, der angeführten Dringlichkeitsentschließung und Änderungen an der Satzung verabschiedete der 5. Weltkongress zwei weitere Dringlichkeitsentschlösungen

- Iran
<https://congress2022.ituc-csi.org/5co-g-5-b>
- Bekämpfung der extremen Rechten
<https://congress2022.ituc-csi.org/5co-g-5-b-iii>

(alle abgerufen 16.9.24)

Anhang

A. Materialien zur Internationalen Gewerkschaftsbewegung

(Bei den Materialien in diesem Abschnitt handelt es sich um frühere Arbeiten von mir, die sicherlich in einigen Punkten der Überarbeitung bedürfen. Da mir allerdings keine vergleichbaren Arbeiten bekannt sind, verweise ich hier darauf.)

Informationsquellen

	Stand	Umfang
Informationsquellen zum Thema „Internationale Gewerkschaftsarbeit“ https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2023/11/pfitzner_infoquellen.pdf	2.8.18/ 1.11.23	12 S.

Globale Gewerkschaftsbewegung

	Stand	Umfang
Basisinformationen zum Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) - Programmatische Positionen / Organisations-Strukturen https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2023/01/pfitznermaterial-IGB2023.pdf	21.1.23	50 S.
Materialien zum Thema „Globale Gewerkschaftsarbeit“ Schwerpunkte - Internationaler Gewerkschaftsbund - Globale Gewerkschaftsföderationen aus Anlass des bevorstehenden 4. Weltkongresses des IGB (2.-7.12.2018, Kopenhagen) https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/03/pfitznermaterial2.pdf	6.3.18	76 S.
Materialien zum Thema „Globale Gewerkschaftsverbände“ (Global Union Federations / GUFs) mit einem Beitrag von Michael Fichter zu Globalen Rahmenvereinbarungen https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/10/pfitzner_gufs.pdf	12.10.18	26. S.

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

Europäische Gewerkschaftsbewegung

	Stand	Umfang
Materialien zum Thema „Europäische Gewerkschaftsarbeit“ - Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) - Europäische Gewerkschaftsverbände https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/04/pfitznermaterial_eu.pdf	23.4.18	32 S.
Materialien zum Thema „Europäische Gewerkschaftsarbeit“ Schwerpunkt: Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2023/12/Pfitzner_Infoquellen_EGB.pdf	11.12.23	42 S.
Der Pan-Europäische Regionalrat (PERR) Schnittstelle zwischen dem Internationalen (IGB) und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) Basisinformationen und Materialien https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2022/05/pfitznermaterial_perr2.pdf	26.4.22	33 S.
Basisinformationen zu Gewerkschaften in Europa Mitgliedsorganisationen (nationale Gewerkschaftsbünde) - im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und - im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/11/pfitznermaterial_europa.pdf	21.11.18	115 S.
Auf der Benutzerseite https://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer:Bernhard_Pfitzner/Beiträge_außerhalb_der_Wikipedia/GewInt_Europa habe ich außerdem eine Übersicht über von mir erstellte „Basisinformationen/Informationsquellen zu Gewerkschaften“ in den meisten europäischen Ländern zusammengestellt.		

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

Außereuropäische Gewerkschaftsbewegung

	Stand	Umfang
Basisinformationen zu Gewerkschaften in Afrika Mitgliedsorganisationen (nationale Gewerkschaftsbünde) im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/11/pfitznermaterial_afrika.pdf	20.11.18	84 S.
Basisinformationen zu Gewerkschaften in Amerika (den Amerikas) Mitgliedsorganisationen (nationale Gewerkschaftsbünde) im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2024/01/pfitznermaterial_amerika2.pdf	20.12.23	107 S.
Basisinformationen zu Gewerkschaften in Asien Mitgliedsorganisationen (nationale Gewerkschaftsbünde) im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/11/pfitznermaterial_asien.pdf	24.11.18	75 S.
Basisinformationen zu Gewerkschaften in Australien/Ozeanien Mitgliedsorganisationen (nationale Gewerkschaftsbünde) im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/12/pfitznermaterial_australien.pdf	4.12.18	34 S.
Auf der Benutzerseite https://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer:Bernhard_Pfitzner/Beiträge außerhalb der Wikipedia/GewInt habe ich außerdem eine Übersicht über von mir erstellte „Basisinformationen/Informationsquellen zu Gewerkschaften“ in den einigen außereuropäischen Ländern zusammengestellt.		

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund

*B. Materialien zu UNO- und ILO-Dokumenten zum Thema
„Arbeit, Wirtschaft, Menschenrechten“*

	Stand	Umfang
Klaus Lörcher / Bernhard Pfitzner Materialien zum Thema „Arbeit, Wirtschaft, Menschenrechte“ Rechtskreis UNO https://www.tragbarer-lebensstil.de/wp-content/uploads/2021/04/Materialien_AWMR_UNO-2.pdf	8.4.21	192 S.
Klaus Lörcher / Bernhard Pfitzner Materialien zum Thema „Arbeit, Wirtschaft, Menschenrechte“ Rechtskreis UNO / Dokumente des Menschenrechtrats https://www.tragbarer-lebensstil.de/wp-content/uploads/2021/10/Materialien_AWMR_MRR.pdf	16.9.21	145. S.
Reingard Zimmer / Bernhard Pfitzner Materialien zum Thema „Arbeit, Wirtschaft, Menschenrechte“ Rechtskreis ILO https://www.tragbarer-lebensstil.de/wp-content/uploads/2020/07/2020-06-27_Zimmer-Pfitzner_MaterialienILO.pdf	27.6.20	148 S.